Der Ausschussvorsitzende übergab das Wort an die antragstellende Fraktion.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch erläuterte, dass alle etwas entsetzt darüber waren, wie wenig Resonanz bzw. wie wenig Erfolg es gegeben habe. Angesicht der anerkannt heftigen Bemühungen seitens der Verwaltung mit 176 angeschriebenen Betrieben sei die Resonanz gelinde gesagt äußerst bescheiden.
Man habe daraufhin verschieden Gespräche geführt und man habe herausgehört, dass die Hürden zu hoch gelegt worden wären. Es gäbe zu viele Kriterien die beachtet werden müssten und man müsse schon einen mortz Verwaltungsaufwand betreiben, wenn man nur auf den Innenbereich des Kreisels wolle, um im trockenen Sommer eine Bewässerung durchführen zu wollen. Dies könne so nicht sein und deshalb sei der Gedanke geboren, nochmal zu überprüfen ob das alles so sein müsse, was man den potentiellen Interessenten ins Stammbuch geschrieben habe. Wenn man mehr Erfolg haben wolle sei dies unverzichtbar und man müsse die Hürden, im Rahmen der gesetzlichen Vorlagen, so gering wie möglich halten.

Herr Puffe von der CDU-Fraktion bedankte sich bei Herrn Köhler und man habe bei der ersten Präsentation schon nicht verstanden, als gesagt wurde, man könne z.B. keine Einbauten auf Kreisverkehren vornehmen. Es gibt genügend Beispiele im gleichen Zuständigkeitsbereich der übergeordneten Behörde wo das der Fall ist. Die Diskussion habe gezeigt, dass es mit der regionalen übergeordneten Zuständigkeit zu tun hat, was da genehmigt wird und was nicht und man finde es erschreckend, dass dort so unterschiedliche Vorgaben gemacht würden. Deshalb würde man begrüßen, zu Versuchen die Hürden abzusenken damit diejenigen, die nicht bereit waren, die hohen Hürden mitzugehen evtl. dann bereit sind einen Kreisverkehr zu gestalten und damit zur Verschönerung der Stadt beitragen. Man würde dem Antrag zustimmen.

Der Ausschussvorsitzende machte seinem Unmut deutlich und es könne nicht sein, dass hier mit zweierlei Maß gemessen würde. In anderen Städten können Denkmäler und Aufbauten in Kreisverkehre gesetzt werden und in Sankt Augustin würde das versagt. Diese regionale Ungleichbehandlung könne so nicht weiter akzeptiert werden und die Verwaltung könne sich den Rücken gestärkt fühlen und solle sich nochmal mit Protest dagegensetzen. Evtl. sein ein klärender Termin an noch höherer Stelle notwendig um die Ungleichbehandlung endgültig zu beerdigen. Es kann nicht sein, dass die Nachbarkommunen etwas machen dürfen, was wir nicht dürften und es sei städtebaulich von großer Bedeutung, dass man sich Kreisverkehre vernünftig gestalten könne. Dies kann uns nicht untersagt bleiben, während andere Kommunen “gefühlt“ machen könnten was sie wollten. Hier sollte man deutliche Worte fassen und sich nochmal engagieren.

Herr Gleß ergänzte, dass es in der Tat schwer nachvollziehbar sei, dass in den Nachbarstädten Dinge möglich sind, die bei uns nicht möglich sein sollen.
Das Argument, was uns immer vorgebracht wird, eine Mittelinsel dürfe nicht mit irgendwelchen Aufbauten versehen werden, damit der LKW, der die Ausfahrt verpasst

habe über die Mittelinsel hinwegrauschen könne, sehe man in Nachbarkommunen vielfach gerade auf freier Strecke, unterlaufen. In Eitorf z.B. sei ein abenteuerlicher Kreisel und er bewundere die an den Tag gelegte Phantasie mit den legosteinartigen Baustelleneinrichtungselementen, aus denen dann mal schnell ein Kreis gedengelt worden ist, welcher mit Muttererde versehen wurde und mit Aufbauten gestaltet ist.
Man habe das Gefühl, überall sei dies möglich aber wenn wir uns, so wie es eigentlich Richtig ist, mit dem Baulastträger abstimmen möchten, werde die große Klaviatur der Bedenken ausgepackt. Man müsse den Landesbetrieb dazu bringen, denn auch in Sankt Augustin sind Kreisverkehre identitätsstiftend und er könne sich vieles vorstellen, was man zur Wahrung der Identität bzw. zur Wahrnehmung des Ortes dort alles tun könnte um die Kreisverkehre zu einem festen Bestandteil unserer Kulturlandschaft werden zu lassen.
Die “arme“ Frau Schumacher habe auch nur das tun können, wozu sie im Stande ist.
Herausgekommen sind dann zwei Kreisverkehre deren Straßenarme in städtischer Baulast sind, welche man dann eben auch überplanen könne. Die großen
Herr Gleß bedankte sich für den Antrag und den “gestärkten Rücken“ und man werde nochmal an den Landesbetrieb herantreten, um “um mehr Flexibilität“ zu bitten.

Herr Knülle ließ über den Antrag abstimmen.